

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an F. Kagerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Kreuzbergstr. 9, Seitenst. I. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: L. Stidel, Frankfurt a. M., Götzenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Presz-Kommission: C. Brandt, Linden-Hannover, Wittelschstraße 20, 1. Etage.

Nr. 37.

Hannover, den 13. September 1901.

11. Jahrgang.

Höhere Getreidezölle, steigende Biersteuern.

II.

Betrachten wir nun, welche Bedeutung der neue Zolltarifentwurf für uns hat, und ganz insbesondere, wie er unser Interesse an dem Blühen der Bierbrauerei beeinflusst. Wir haben es nicht von nöthen, eingehend zu erörtern, daß der Zolltarif in seiner Gänge für die Arbeiterklasse unannehmbar ist. Die ganze Haltung der Arbeiterpresse, die großartige Agitation, welche von der Sozialdemokratie gegen den Bülow'schen Zolltarif entwickelt wurde, und welche ihren Widerhall fand, wenn auch keinen genügend lauten und energischen in den Kreisen der nicht sozialdemokratischen Arbeiter, beweisen es, daß die große Gefahr, die Deutschlands Industrie, Ausfuhr, Welthandelsstellung und Volksernährung droht, von der Arbeiterschaft in ihrer vollen Schärfe erfaßt wurde. Wir sind uns Alle bewußt, daß eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit eine Verschlechterung der Ernährung und damit eine Verelendung der Arbeiterklasse die Folgen des Zolltarifs sein werden. Die Erhöhung der Zölle auf Getreide, Fleisch und andere Nahrungsmittel laufen parallel mit der schärfsten Herausforderung des Auslandes, dessen Einfuhr nach Deutschland erschwert und in vielen Fällen unmöglich gemacht wird. Ueber alle Grenzen hören wir es schallen, daß diese Herausforderung mit der schärfsten Zollmaßregeln gegen die deutsche Ausfuhr beantwortet wird, mit Zöllen, die es unmöglich machen werden, die großen Waarenmengen im Auslande abzusetzen, auf deren Verkauf unsere Industrie angewiesen ist. So sehen wir die Verminderung des Absatzes deutscher Produkte im Auslande als eine unvermeidliche Folge der agrarischen Politik der Reichsregierung. Wir sind uns auch weiter klar, daß der Absatz deutscher Industrieerzeugnisse im Inlande eine erhebliche Verminderung erfahren wird, denn das deutsche Volk in seinen breiten Schichten wird künftighin umso viel mehr für seine Ernährung auszugeben haben, daß ihm naturgemäß nur wenig übrig bleibt, um sich Kleider und Zigarren, um sich Hausath und Bücher zc. zc. anzuschaffen. So wird der Absatz der deutschen Industrie nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande sinken; dies wird naturgemäß die unvermeidliche Folge haben, daß die Anzahl der regelmäßig beschäftigten Arbeiter ganz gewaltig zurückgeht, daß eine gewaltige industrielle Reservearmee ständig auf die Lohnhöhe drückt wird, daß also nicht nur sehr viele arbeitslos sein werden, sondern auch der Verdienst der Beschäftigten zurückgehen wird. Dabei wird die Zahl der auf Lohnarbeit angewiesenen Personen und damit die Wirkung der Arbeitslosigkeit eine weitere Steigerung erfahren, weil in diesen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für das mittlere und kleinere Unternehmertum sehr schwierigen Zeiten nur die leistungsfähigsten, auf höchster technischer Stufenleiter produzierenden, kapitalträchtigsten Großbetriebe weiter existieren können. Mit anderen Worten, eine weitere Folge der neuesten Zolltarifpolitik muß die Herabdrückung zahlreicher Existenzen, die bisher selbstständig waren, in das Proletariat zur Folge haben. Bedenkt man weiter, daß wir heute schon in einer Krise leben, die von Monat zu Monat an Schärfe zunimmt, so müssen wir uns an den Kopf greifen, wenn wir uns ein Urtheil über die staatsmännische Weisheit unserer Regierungen zu machen versuchen.

Betrachten wir nun im Einzelnen die Zollerhöhungen, die für die Bierproduktion in Betracht kommen. Gerste, die bisher im Verkehr mit den Vertragsstaaten einen Zweimark-Zoll zu zahlen hatte, und im übrigen Verkehr 2,25 Mk. Zoll, soll künftighin 4 Mk. bei der Einfuhr für den Doppelzentner zu bezahlen haben. Malz aus Gerste wird, statt bisher 3,50 Mk. beziehentlich 4 Mk., 6,25 Mk., Malz aus anderem Getreide künftighin 9 Mk. Zoll zu tragen haben. Hopfen, der früher bei der Einfuhr aus Vertragsstaaten 14 Mk., bei der übrigen Einfuhr 20 Mk. ebenso wie Hopfenmehl zu zahlen hatte, soll künftighin 40 Mk., und Hopfenmehl gar 60 Mk. Zoll tragen. Das sind ganz außerordentlich hohe Zollsätze, zum Theil Verdoppelungen und Verdreifachungen des bisherigen Zollsatzes. Wenn nun das meiste deutsche Bier lediglich aus Gerstenmalz und aus Hopfen hergestellt wird, so ist es doch vollständig klar, daß diese Zollerhöhungen einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Produktions-

kosten des Bieres, auf seine Absatzfähigkeit, auf den Bierpreis und damit auch auf den Bierabsatz, und auf die Beschäftigung der in den Brauereien thätigen Personen und zuletzt auf die Existenz vieler Brauereien haben muß. Man bedenke doch, daß in Bayern für den Hektoliter Bier 30 Kilogramm Gerste und in Norddeutschland für den Hektoliter Bier 28 Kilogramm Gerste verbraucht werden. Nach einem Gutachten, das vor Bekanntwerden des Zolltarifs von einem Fachmann aufgestellt wurde, würde eine Erhöhung des Gerstenzollens auf 4 Mk., wie er nun thatsächlich in dem Zolltarifentwurf vorgesehen ist, einer Steigerung des Produktionspreises des Bieres pro Liter um 1/4 Pfg., pro Hektoliter um 1,50 Mk. entsprechen, eine Erhöhung, die bei Belassung der gleichen Güte des Bieres in Qualität und Gehalt insbesondere die mittleren und kleineren Betriebe nicht tragen könnten. Es heißt dann wörtlich weiter: „Sie (die Bierbrauerei) müsse entweder dem wirtschaftlichen Ruine entgegengehen oder durch Erhöhung des Bierpreises den Zoll auf die Konsumenten überwälzen. Würde dies geschehen, dann ginge wiederum der Konsum zurück, und in diesem Falle würde die Biererzeugung und der Gerstenbedarf sich mindern. Dadurch könnte wohl weder dem Staate hinsichtlich seiner Zoll-, Steuer- und Malzausschlag-Einnahmen, noch auch der Landwirtschaft selbst hinsichtlich des geminderten Gerstenabzuges neben den selbst zu zahlenden höheren Bierpreisen gebiert sein.“

Die Unehrlichkeit der Politik derjenigen Parteien, die den Schutz des kleinen Mannes auf ihre Fahne schreiben, die das Handwerk und den Kleinbetrieb vor der Niederkonkurrenz durch den Großbetrieb sichern wollen, die die lächerlichsten und wirkungslosesten Handwerker- und Innungsgeetze geschaffen haben, erscheint in bengalischer Beleuchtung, wenn man sieht, daß diese gleichen Parteien heute für den Bülow'schen Zolltarif eintreten, ja ihn noch übertrumpfen möchten, soweit es sich um die für die Bierbrauer in Betracht kommenden Zölle handelt. Haben diese Parteien oft genug den ebenso haltlosen, wie lächerlichen Vorwurf der Sozialdemokratie gemacht, daß sie den Kleinbetrieb zu Grunde richten wolle, eine Sache, die nicht die Sozialdemokratie, sondern die wirtschaftliche Entwicklung besorgt, so kann man heute den Vertretern der agrarischen Hochschutzzölle den Vorwurf mit ganz anderem Rechte zurückgeben. Diese Zölle können event. ertragen werden von den Kleinbetrieben. Diese werden über die Erhöhung der Getreidezölle, des Malzollens, des Hopfenzollens nicht zu Grunde gehen. Dagegen werden die mittleren und kleineren Brauereien den für sie ohnehin nicht leichten Existenzkampf aufgeben müssen, weil sie die Erhöhung der Produktionskosten nicht tragen können. Die Großbrauereien werden in der verminderten Konkurrenz einen Ersatz dafür finden, daß die Produktionskosten erhöht wurden; durch die Verminderung des Wettbewerbes wird ihre Kartellirung erleichtert, sie werden leichter in die Lage kommen können, die erhöhten Zolllasten auf die Konsumenten abzuwälzen, sie werden die Verminderung des allgemeinen Konsums auch nicht so sehr empfinden, weil künftighin eine kleinere Zahl von Brauereien sich in diesen Konsum theilen kann.

Hat man in den neuen Biersteuergesetzen, und zwar mit voller Deutlichkeit in den süddeutschen, eine Staffelung der Biersteuer eingeführt, um die kleineren Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten gegenüber den Großbetrieben, so kann bei der viel stärkeren Belastung durch die Sätze des neuen Zolltarifs von dieser Rücksicht gar keine Rede sein, hier wird die größte Brauerei theoretisch genommen um keinen Pfennig stärker belastet als die kleinste Dorfbrauerei, in der Praxis aber wird diese kleine Dorfbrauerei weitaus stärker belastet sein als die Großbrauerei. Die Großbrauereien kaufen zu einer Zeit, wo sie das Getreide am billigsten erhalten können, sie können stets auf eine Berücksichtigung bei der Preisfestsetzung rechnen, weil sie eben die größten Abnehmer sind. Sie kaufen auch mit ganz anderen Zahlungsbedingungen wie die Brauereien, brauchen nur die ihnen zusagenden, besten Waaren zu berücksichtigen, sie können daher ihre Gerste auch ganz anders ausnützen, sie haben mit weit weniger Abfall und Verunreinigung der Gerste zu rechnen, sie werden also durch die Zölle, ganz abgesehen von den anderen Verhältnissen, weit weniger betroffen als die Kleinbrauereien. Aber man weiß

doch nur zu gut, daß trotz aller Steuerkunststücke, trotz aller Staffelung die Kleinbrauereien immer geringer an Zahl werden, daß sie ihre Konkurrenz immer mehr zurücktreten lassen. Wie soll dies nun künftighin werden, wenn mit der wuchtigen Schwere die neuen Zölle wirken sollen. Neben dem Gerstenzoll, der so außerordentlich stark das Bier verteuert, steht dann noch der Hopfenzoll, dessen Wirkung auch in Folge seiner mehrfachen Vertheuerung vor Allem für die kleineren und mittleren Brauereien von unabwehrbaren Folgen begleitet sein muß.

Es ist ja Jedermann klar, und selbst die Agrarier wagen es nicht mehr, zu leugnen, daß die Getreidezölle die Wirkung haben, daß um den Betrag des Zolls auch das im Inlande produzierte Getreide im Preise steigen wird. Je größer aber das Bedürfnis nach einem ausländischen Produkte ist, je geringer die Möglichkeit ist, mit der inländischen Produktion auszukommen, desto unzweifelhafter ist die Preissteigerung des im Inlande produzierten um die Zölle des Auslandes. Wenn wir nun erwägen, daß in den Jahren 1897 bis 1900 die niedrigste Gersteimport 781 458 Tonnen, die höchste 1 153 067 Tonnen war, so ist es doch vollständig klar, daß wir unseren Inlandsbedarf nicht decken können, daß wir damit rechnen müssen, entweder die Bierproduktion gewaltig einzuschränken, oder weiter vom Auslande zu kaufen und dementsprechend auch die inländische Gerste mit dem um den Zoll erhöhten Preis zu bezahlen. Wie lächerlich gering unsere Ausfuhr an Gerste war, geht daraus hervor, daß sie in diesen 4 Jahren zwischen 12 656 und 30 341 Tonnen schwankte. Um ca. 473 Millionen Mark haben wir in diesen 4 Jahren Gerste eingekauft und nur um etwa 12 Millionen Mark Gerste an das Ausland verkauft. Diese Zahlen beweisen aufs deutlichste, daß wir damit nicht rechnen können, uns vom Auslande unabhängig zu machen, mit einheimischer Gerste unser Bier allein zu bereiten. Aber es sind nicht nur Fragen der quantitativen Einkaufsmöglichkeit, die hier in Betracht kommen; jeder mit der Bierbrauerei auch nur einigermaßen Vertraute weiß, daß auch die Beschaffenheit eines großen Theils der in Deutschland produzierten Gerste nicht genügt, um ein Bier zu produzieren, wie es der deutsche Biertrinker und der ausländische Abnehmer unseres Bieres wünscht. Wir müssen aus Mähren, Ungarn und anderen Ländern Gerste einführen, um ein qualitativ hochbemerktes Produkt herstellen zu können. Ebenso steht es mit dem Malz. Unsere Einfuhr betrug im Jahre 1897 98 395 Tonnen, im Jahre 1900 109 853 Tonnen, die fast ausnahmslos aus Oesterreich-Ungarn gekommen sind; es handelt sich in den vier Jahren 1897 bis 1900 um circa 95 Millionen Mark, um die wir Malz aus dem Auslande bezogen haben, dagegen haben wir in den gleichen Jahren nur um 12 Millionen Mark von diesem Produkte ausgeführt. Unsere Brauereibesitzer, die doch sicherlich gute Rechner sind, haben das Malz nicht aus Bergnügen eingeführt, sondern weil dies im Interesse der Brauerei liegt.

Hopfen führen wir mehr aus als ein. Wenn nun unsere besten Biere trotz der großen Menge des im Inlande produzierten Hopfens unter Verwendung ausländischen Hopfens hergestellt werden, wobei immer finanzielle Opfer in Frage kommen, so geschieht dies einfach nur um deswillen, weil der gute Ruf des deutschen Bieres, sein Sieg über die Konkurrenz des ganzen Auslandes, seine Stellung auf dem Weltmarkte nur zu erhalten ist durch Verwendung der allerbesten Materialien. Würde man bei allen Menschenstandesgründe voraussetzen müssen, so könnte man es nicht fassen, wie Diejenigen, die sich mit solchem Eifer als die Schützer der „nationalen Arbeit“ gebärden, etwas thun können, was dem Ansehen, dem Werth schaden und die Ausfuhrmöglichkeit eines der berühmtesten deutschen Produktions-Artikel erschweren könnte. Die Steigerung des Hopfenzollens ist aber nicht nur im Interesse unserer Brauereibesitzer, der Brauindustrie und der Brauereiarbeiter Deutschlands überhaupt zu bekämpfen, sie liegt auch durchaus nicht im Interesse Derjenigen, die geschützt werden sollen, der Hopfenproduzenten. Unsere Ausfuhr an Hopfen ist mehr wie dreimal so groß, wie unsere Einfuhr, stören wir die Einfuhr durch Verdoppelung unserer Zölle, so ist es doch selbstverständlich, daß wir mit Gegenmaßregeln des Auslandes zu rechnen haben werden, daß der deutsche Hopfen nach dem Auslande

